

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

### **Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931**

107 (8.9.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-887405](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-887405)

# Nachrichten

## für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises  
Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vor-  
mittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten.  
Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter  
Rabatt hinsichtlich.

Nr. 90

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellschuld  
Anzeigenpreise: Die einseitige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg.  
Für durch Fernsprecher aufgebene Anzeigen kein Einspruchsrecht

Schließlich 17

Nr. 107

Elsfleth, Dienstag, den 8. September

1931

### Chronik des Tages.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing die Vertreter der Grünen Front und erörterte mit ihnen die Lage der Landwirtschaft.  
Das preussische Staatsministerium will am Mittwoch die endgültige Entscheidung über das Sparprogramm fällen.  
Das Gutachten des Haager Gerichtshofes über die Rechtsgrundlagen der österreichisch-deutschen Zollunion, das sich acht gegen sieben Stimmen zustande gekommen ist, wird am kommenden Montag dem Völkerbundrat beschickt.  
In der englischen konservativen Partei sind Veränderungen im Gange, die auf baldige Neuwahlen abzielen.  
Aus ganz Westeuropa und einem großen Teile von Deutschland werden schwere Unwetter gemeldet. In Köln wurde die Feuerwehr an einem Tage 250 Mal alarmiert.

### Politik statt Recht.

Berlin, 7. September.

Obwohl die Entscheidung des Haager Gerichtshofes über die Rechtsgrundlagen der im März geplanten österreichisch-deutschen Zollunion nach der im Europa-Ausschuß des Völkerbundes von den Außenministern Deutschlands und Österreichs abgegebenen Erklärung ihren aktuellen Charakter verloren hat, ist das Gutachten doch von größter Bedeutung.

Mit nur einer Stimme Mehrheit haben die 15 Mitglieder des Internationalen Gerichtshofes eine „Verlegung“ des Genfer Protokolls von 1922 für den Fall der Durchführung der österreichisch-deutschen Zollunion festgestellt, das mit einer Begründung von sehr zweifelhafter Gültigkeit. Mit Rechtssprechung hat die Entscheidung nichts mehr zu tun. Die politischen Argumente, die der Mehrheit des Gerichtshofes die Augen für die rechtliche Grundlage der Zollunion getrübt haben, liegen offen da. Es erfüllt das deutsche Volk daher mit Genugtuung, daß sieben Mitglieder des Gerichtshofes, unter ihnen Juristen wie Staatssekretär Dr. Kellogg, Sir Cecil Hurst und Präsident Adachi, durch eine gemeinsame Erklärung nachdrücklich darauf hingewiesen haben, daß politische Gesichtspunkte die Stellungnahme der acht Richter gegen das Zollprotokoll beeinflussen und solche Überlegungen im Haager Gerichtshof am Platze sind, weil seine Aufgabe in diesem Falle die einer unabhängigen juristischen Interpretation des Vertragstextes von 1922 befehlen hat.

Daß aber die Politik den Rechtsstreit verflüchtigt hat, ist nicht übersehen zu werden. Die Mehrheit des Richterkollegiums selbst, indem sie in der dem Gutachten beigegebenen Begründung betont, der Artikel 88 des Friedensvertrages von Saint Germain und das Genfer Protokoll von 1922 müssen im Lichte der Erwägung geprüft werden, daß Österreich „ein empfindlicher Punkt in der europäischen Ordnung“ sei, eine Erklärung ein wesentliches Element der politischen Gestaltung in Europa nach dem Weltkriege. Das bedeutet eine offene Rücksichtnahme auf die bestehenden Machtverhältnisse. Demgegenüber gilt aber auch heute das Wort des größten deutschen Philosophen, nach dem eine Rechtsgerechtigkeit, die sich um irgendeinen Preis meggibt, aufhört, eine solche zu sein.

Unter diesen Umständen hat das Gutachten in der Sache der Zollunion das Ansehen des höchsten Gerichtshofes der Welt ganz gewiß nicht erhöht. Etwas überprüfbar gedrückt kann man sagen, daß die Richter, die eine Mehrheit zu verlieren hatten, die Zuständigkeit der österreichisch-deutschen Wirtschaftsgemeinschaft bejaht und dieses in ihrer schärfsten Darlegung begründet haben, während der Rest des Richterkollegiums sich zu einer Zustimmung gegen das Zollprotokoll zusammengefunden hat. In diesem Standpunkt juristisch so gut oder so schlecht begründet hat, als es eben gehen wollte. Sieht aber das Haager Gutachten schon deshalb auf schwachen Füßen, wenn es von der geringen Majorität von einer Stimme zustande gekommen ist, dann wird diese Auffassung noch dadurch bestätigt, daß der Präsident des Gerichtshofes mit der Mehrheit getrennt hat.

Das das Gutachten der Mehrheit im einzelnen angeht, ist es außerordentlich auffallend und wirkt beinahe peinlich, daß hier die betreffenden Richter zwar eine eingehende juristische Analyse der in Frage kommenden Bestimmungen geben — eine Analyse übrigens mit der Mehrheit, wie sie in ihrem Gutachten ausführlich in den Punkten übereinstimmt — daß aber eine materielle Begründung der Behauptungen, die hier aufgestellt werden, fast vollkommen fehlt. Insbesondere haben diese Richter fast vollkommen auf den Nachweis verzichtet, wie und wo die wesentlichen Gründe der Unabhängigkeit Österreichs durch eine solche Zollunion in Gefahr zu kommen. Bei der genauen Lektüre des Mehrheitsgutachtens stößt man zudem auf Ausführungen und Schlussfolgerungen, die in einem juristischen Gutachten rechtlich nicht erscheinen. So, wenn zum Beispiel am Schluß des Gutachtens sehr vorsichtig und zaghaft die Feststellung getroffen wird, „es sei schwierig, zu behaupten“, daß das vorgesehene Zollregime nicht geeignet sei, die wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs zu bedrohen. Unmittelbar darauf wird dann aus dieser vagen Feststellung die Folgerung gezogen, daß ein solches Zollsystem mit dem Genfer Protokoll nicht vereinbar ist. Bemerkenswert ist ferner, daß das Gutachten der Mehrheit uneinheitlich und offenbar auch uneinheitlich zustande gekommen ist. Der italienische Richter, der das Mehrheitsgutachten auch unterschrieben hat, führt in seiner besonderen Begründung ganz andere, zum Teil durchaus von seinen Kollegen grundsätzlich abweichende Argumente für seinen Standpunkt an. Demgegenüber zeichnet sich das Gutachten der Minderheit durch eine absolute Einheitlichkeit und Eindeutigkeit aus.

Das Gutachten, das im Flugzeug nach Genf gebracht ist, wird nunmehr, da es ja vom Völkerbund erbeten worden ist, im Laufe des heutigen Montags dem Rat beschickt. Praktisch bedeutet das Gutachten, daß die österreichisch-deutsche Zollunion ohne die Zustimmung des Völkerbundes raten nicht durchführbar ist. d. h. für die Zeit, da das Genfer Protokoll in Kraft ist. Das wäre bis 1943, da spätestens zu diesem Termin Deutsch-Österreich die Völkerbundsanleihe zurückzahlen muß.

### Landraub im Korridor.

Neuer deutscher Hüseruf an den Völkerbund.

Genf, 7. September.

Die deutsche Minderheit in Polen und Pommerellen hat eine neue Petition an den Völkerbund eingereicht und führt darin über die ungerechte Anwendung des Agrarreformgesetzes, des Verkaufsrechtes und der Auflassungsgenehmigungen Beschwerde.

Bereits seit 1926 hat die deutsche Minderheit sich in mehreren Petitionen über denselben Sachverhalt zu beklagen. Sie hatte gehofft, daß die fast zweijährige Behandlung ihrer letzten Petition vom August 1929 Besserung bringen würde. Bis jetzt ist ihr aber über das Schicksal ihrer Eingabe nichts bekannt. Sie stellt fest, daß noch am 20. August 1931 das Landamt in Graubenz drei Expropriationen von insgesamt 1200 Hektar und die Vorbereitung weiterer Expropriationen von 700 Hektar beschlossen hat. Sie bestätigt auch eine weitere von fast 900 Hektar.

Bei der augenblicklichen Lage in Polen und Pommerellen waren über 130 Güter auf dem Markt angeboten und fanden keine Käufer.

Den Behörden sei es nicht möglich, Abnehmer für die Parzellen zu finden. Gutbesitzern, denen das Land abgenommen sei, werde dieses von den Behörden wieder zur Pacht angeboten. Landhunger sei im Augenblick nicht vorhanden. Um so befremdlicher sei die Vornahme dieser Enteignungen gerade in diesem Augenblick.

Die Minderheit hatte schon früher auf die Gefahr hingewiesen, die in einer Veränderung des ursprünglichen Textes des Agrarreformgesetzes lag. Diese Veränderung hebt die Bestimmung des Gesetzes, daß größere Güter zuerst, mittlere und kleinere später auf die Namensliste gesetzt werden müssen, auf.

Die Petition enthält eine Reihe erschütternder Beweise für die Art, wie sich diese Verfümmelung des Gesetzes gegen sie auswirkt. Sie führt dazu, daß polnische Güter vollkommen unberührt bleiben und kleinere deutsche Güter mehrschach auf die Namensliste kämen und sogar bis über achtzig Prozent ihrer nutzbaren Fläche aufgeben müßten. Das Vorkaufsrecht werde weiterhin widerrechtlich angewandt.

Ein Fall nur sei bekannt, wo das Vorkaufsrecht ein größeres Objekt betreffe. Da habe ein polnischer Besitzer dieses Recht erworben, das er noch bis heute besitze. Auch in der Rechtsprechung trete eine Verschlechterung ein. Mühen noch bis vor kurzem auf Grund der Entscheidungen des obersten Verwaltungsgerichtes die Kommissionen und in zweiter Instanz der Wojewode ihre Bemerkungen motivieren, so seien diese Motivierungen jetzt nicht mehr notwendig. Es sei somit den Behörden jegliche Willkür erlaubt und der Minderheit unmöglich, Grundstücke zu erwerben.

Die Minderheit bittet den Völkerbund, diese Petition als dringlich zu behandeln; denn sie fürchte, vor eine vollendete Tatsache gestellt zu werden.

### Die Grüne Front beim Reichskanzler.

Erörterung der wirtschaftspolitischen Lage.

Berlin, 7. September.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing in Gegenwart des Reichsernährungsministers und des Reichsministers Treuhand in der Grünen Front vereinigten Führer der Landwirtschaft aus allen Teilen des Reiches. Nachdem die anwesenden Herren die allgemeinen Sorgen und diejenigen ihrer besonderen Gebiete vorgetragen hatten, machte der Reichskanzler ausführliche Bemerkungen über die allgemeine Lage im Rahmen der Welt- und volkswirtschaftlichen Entwicklungsgänge und die sich hieraus ergebende Politik, insbesondere auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Im Anschluß hieran nahmen die anwesenden Reichsminister zu einzelnen in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

### Acht gegen sieben Stimmen

Verfändung des Gutachtens über die Zollunion. — Präsident Adachi und die angehefteten Juristen gegen den Spruch.

Haag, 7. September.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Adachi versammelten sich die Mitglieder des Internationalen Gerichtshofes im großen Saale des Friedenspalastes zur Verkündung des Gutachtens über die Rechtsgrundlagen des österreichisch-deutschen Protokolls. Nach der vorausgegangenen Berichterstattung im Europaanschuß des Völkerbundes hat die Entscheidung des Haags natürlich nur theoretische Bedeutung, doch hatte sich trotzdem ein außergewöhnlich zahlreiches Publikum zu der Verkündung des Gutachtens eingefunden. Das diplomatische Korps war nahezu vollständig erschienen. Ferner bemerkte man eine große Anzahl Pressevertreter aus den verschiedensten Ländern. An den Tischen der Parteien hatten für Deutschland Prof. Dr. Bruns, für Deutsch-Österreich Prof. Dr. Kaufmann Platz genommen; die Gegenseite war durch ihre Befandenen vertreten.

Zur Beantwortung stand die dem Internationalen Gerichtshof vom Völkerbundrat vorgelegte Frage: Würde ein zwischen Deutschland und Österreich auf der Grundlage und in den Grenzen der in dem Protokoll vom 19. März 1931 vorgelegenen Grundzüge vereinbartes Regime dem Artikel 88 des Vertrages von Saint Germain und mit dem Protokoll Nummer 1 vereinbar sein, das in Genf am 4. Oktober 1922 unterzeichnet wurde?

Die Antwort des Internationalen Gerichtshofes lautet vereineend, doch ist dieses Gutachten nur mit acht gegen sieben Stimmen zustande gekommen. Bedeutsam ist ferner, daß man bei den sieben Richtern, die das Zollprotokoll als vereinbar mit dem Genfer Protokoll erachten, Namen von Westeuropa finden, während zu den anderen acht Richtern Juristen gehören, die in der breiten Dessenheit völlig unbekannt sind.

Von den acht Richtern, die sich gegen die Zollunion ausgesprochen haben, haben sieben weiter erklärt, daß ihrer Ansicht nach eine österreichisch-deutsche Zollunion auch mit dem Artikel 88 des Friedensvertrages von Saint Germain nicht vereinbar wäre. Es sind dies Guetero, Graf Kolltrowski-Polen, Fromageot-Frankreich, Almirante-Spanien, Urrutia-Columbien, Negulescu-Rumänien und Anzilotti-Italien. Während der italienische Richter eine besondere Darlegung der Gründe für diese Stellungnahme gegeben hat, haben die übrigen sechs eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, nach der das Regime der geplanten Zollunion geeignet sein soll, „die wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs zu gefährden, so daß es eine Handlung darstellt, die geeignet wäre, die Unabhängigkeit dieses Landes in Gefahr zu bringen“.

Im Gegensatz zu diesen Darlegungen betonen sieben Richter, nämlich Adachi-Japan, Kellogg-Vereinigte Staaten, Baron Kolin-Jacquemyns-Belgien, Sir Cecil Hurst-England, Prof. Dr. Schüding-Deutschland, von Eshing-Holland und Dr. Wang-China, in einer gemeinsamen Erklärung die Vereinbarkeit der österreichisch-deutschen Zollunion sowohl mit dem Artikel 88 des Friedensvertrages von Saint Germain als auch mit dem Genfer Protokoll.

### Die Begründung des Gutachtens

Nach der Bekanntgabe der Entscheidung verlas Präsident Adachi die dem Gutachten beigegebene Begründung. Darin heißt es:

Österreich ist ein empfindlicher Punkt der europäischen Ordnung, und seine Existenz ist ein wesentliches Element der politischen Ordnung in Europa, wie sie seit dem Kriege besteht. Im Lichte dieser Tatsache müssen Artikel 88 des Vertrages von Saint Germain und das Genfer Protokoll geprüft werden, die Österreich allerdings kein absolutes Verbot der Veräußerung seiner Unabhängigkeit auferlegen, sondern ihm lediglich zur Pflicht machen, in gewissen Fällen die Zustimmung des Rates einzuholen.

Die Begründung analysiert dann die Bestimmungen des Artikels 88 und fährt dann fort, in zweiter Linie habe Österreich durch das Genfer Protokoll gewisse wirtschaftliche Verpflichtungen übernommen.

Das Gutachten schließt hieran wörtlich folgende Ausführungen:

„Daß die Errichtung der Zollunion an sich nicht einen Akt der Veräußerung der Unabhängigkeit Österreichs darstellt, kann kaum bestritten werden; denn Österreich hört dadurch nicht auf, innerhalb seiner Grenzen ein besonderes Staat mit eigener Regierung und eigener Verwaltung zu sein, und wenn nicht mit Rücksicht auf die Gegenleistung, die der geplante Vertrag ausdrücklich oder faktisch vorseht, so kann man doch wenigstens mit Rücksicht auf die Kündigungsmöglichkeit sagen, daß Österreich juristisch die eventuelle Ausübung seiner Unabhängigkeit behält. Man kann





## Verbindung mit „Nautilus“.

An Bord ist alles wohl. Dem Kundendienst Nordnorwegen ist es jetzt gelungen, die Verbindung mit dem im Polareis befindlichen und seit mehreren Tagen verschollenen Unterboot „Nautilus“ wiederherzustellen. Kapitän Wilkins erklärte, der „Nautilus“ arbeitsfähig und im Stande zu sein, bis heute noch nicht festgestellt. Auch die Funktionen der Propeller in den nördlichen Gewässern befindlichen Schiffe werden inwieweit mit dem „Nautilus“ Verbindung bekommen.

## Besuch bei Dornier.

Besichtigung der neuesten Schöpfungen der Dornier-Metalbau.

Zahlreiche Pressevertreter hatten auf Einladung der Dornier-Metalbauwerkstatt, unter Führung von Maurice Dornier die neuesten Schöpfungen der Dornier-Metalbauwerke zu besichtigen und praktisch zu erproben. Mit dem Großflugboot Dornier D. 6 ist ein viermotoriges Verkehrsflugzeug geschaffen worden, das 22 Passagiere mit aller Bequemlichkeit befördern kann und bei dem die mit dem Flughiff D. X gewonnenen Erfahrungen berücksichtigt worden sind. Die zweite Neuschöpfung ist der Dornier-Wal 1931. Seine erste große Leistungsprüfung war der jetzt erfolgte Flug von Grounau von Deutschland über Grönland nach den Vereinigten Staaten.

Beehrtestes Interesse rief auch das demnächst zur Abnahme gelangende Dornier-Landverkehrs-Flugzeug D. 8 hervor, das sich besonders zur Ueberfliegung von Ländern mit großen Entfernungen beim Fehlen von Zwischenlandeplätzen eignen wird. Bei den Werkstätten das dieses Flugzeug mit einem Lebergewicht von 100 Kilogramm eine Höchstgeschwindigkeit von 220 Stundenkilometern und eine Gipfelhöhe von 6300 Metern erreichen.

## Nach 8 Jahren . . .

Ansufführung eines Raubmordes an einem Bankhehler.

In einem Hause in Rosen fand man durch Zufall unter einer mit Brettern vernagelten Nische ein Geleth, das an die Wand gelöhrt war und das nach Beiseitigung der Bretter zum Vorschein kam. Die Untersuchung hat ergeben, daß man es hier mit dem irischen Leberbreiten des Bankhehlers Josef Jantowiat zu tun hat, der im Jahre 1923 in Folge eines Raubmordes an der von ihm geleiteten Bank in Rosen hingerichtet wurde.

Die Postbank in Rosen, in der er seine Hehrtzeit absolvierte, hatte ihm eine größere Summe, die auf mehrere Millionen Mark lautete und in heutiger Valuta noch einige 10 000 Mark darstellte, ausgedehnt, um sie in eine andere Bank zu überführen. Von diesem Augenblick an fehlte von Jantowiat jede Spur. Kurze Zeit darauf erhielten die Eltern des Verstorbenen ein Schreiben vom Bankhehler,

dem er ihnen mitteilte, daß er in die weite Welt gehen werde.

Jetzt hat man festgestellt, daß Jantowiat das Opfer eines Raubmordes geworden ist. Man hat weiter ermittelt, daß der Mörder der Schwager des Ermordeten ist, der seitdem als Verlobter der Schwester des Jantowiat viel mit diesem zusammen war. Einige Monate nach dem Verschwinden des Bankhehlers ließ sich der Mörder mit der Schwägerin des Jantowiat trauen.

Nach der Trauung ging der Gemann nach Frankreich, wo er noch heute wohnt. Die politischen Behörden haben telegraphisch die französische Polizeibehörde um Festnahme des Mörders ersucht.

## Wolkenbrüche in England.

Ausgedehnte Ueberschwemmungen.

Wolkenbrücheartige Regenfälle führten in verschiedenen Gegenden Englands zu Ueberschwemmungen, die zum Teil erheblichen Schaden anrichteten.

In Leeds und Sheffield mußten mehrere Familien ihre Häuser verlassen, da deren Einsturz zu befürchten war. Der Schaden an Gebäuden ist teilweise, und eine Fabrik mußte geschlossen werden. Im Peak-Distrikt durchbrachen Flüsse ihre Dämme; auch in diesem Gebiet waren die Bewohner zum Teil gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen.

In Rotherham verlagte infolge der Ueberschwemmung die Elektrizitätsversorgung, so daß der Straßenbahnverkehr und die Arbeit in den Fabriken stillgelegt wurden. In vielen Gegenden haben die Ueberschwemmungen erheblichen Schaden hervorgerufen.

## In 11 Stunden quer durch Amerika.

Die amerikanische Rennflieger Doolittle unterbot den bisherigen Kontinental-Flugrekord des Piloten Hawthornthwaith um 12½ Stunden, indem er die Flugstrecke Los Angeles - New York in 11 Stunden 15 Minuten bewältigte. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 350 Kilometer pro Stunde. Somit wurde Doolittle Sieger des Cleveland-Rennfluges.

Der D-Zug gebraucht für die 4800 Kilometer lange Strecke über 90 Stunden.

## Getreide- und Ernteestand im Reich.

Anfang September 1931. Durch das niederschlagsreiche Wetter im August ist die Getreideernte im Reich allgemein empfindlich gestört worden. In einzelnen Gebieten stehen die Getreidepflanzen teils ungeschädigt, teils ungehindert nach auf dem Felde. Unter anderem sind auch die Getreidearten nicht unerschädelt geblieben. Insbesondere sind beim Sommergetreide durch Überschwemmungen und Körnerausfall stärkere Schädigungen eingetreten. Die auf Grund der früheren Erntebedingungen

gehegten Erwartungen über den Ausfall der Getreideernte haben sich nicht erfüllt; der Körnerertrag der diesjährigen Getreideernte entspricht nach den bisher vorliegenden Druckproben nicht ganz den Schätzungen auf dem heimischen Boden. Ein genauer Ueberblick über den Gesamtertrag der neuen Getreideernte nach dem Stande zu Anfang September werden die demnächst zur Veröffentlichung gelangenden Ergebnisse der neuesten Vorarbeiten bringen. Die Weiterentwicklung der Hackfrucht ist durch die Niederschläge zumeist günstig beeinflusst worden. Auf schweren Böden jedoch treten bei Kartoffeln nicht selten Fäulnis und andere Krankheiten auf. Die Futterpflanzen, Wiesen und Weiden zeigen ebenfalls durchweg ein kräftiges Wachstum. Der zweite Schnitt konnte bisher nur teilweise unter großen Schwierigkeiten eingebracht werden. Im allgemeinen entspricht das bisherige Ergebnis des Heuertrages nach Menge und Güte nicht den Erwartungen.

## Graf Arco tritt zurück.

Graf Arco hat sein Amt als technischer Direktor der Telefunken niedergelegt und sich ins Privatleben zurückgezogen.

Georg Graf von Arco wurde am 30. August 1869 in Groß-Groß bei Ratibor in Oberösterreich als Sohn eines Rittergutsbesitzers geboren. Schon als Knabe zeigte sich ihm eine Begabung für das Technische. Nach Besuch des Gymnasiums widmete sich der junge Graf der militärischen Laufbahn und wurde Offizier im Garde-Schützenbataillon in Berlin, nahm aber schon nach drei Jahren seinen Abschied und studierte Naturwissenschaften und Medizin. Geheimrat Riedler erkannte bald die technische Begabung Arcos und bewog ihn, sich dem technischen Studium zu widmen. Als Assistent von Professor Slaby an der Technischen Hochschule in Charlottenburg lernte Graf Arco die drahtlose Telegraphie kennen und vertiefte sich in diese Materie. Erich Thienau, damals Direktor der AEG, stellte Graf Arco 1897 in seinem Wert an, wo er bald hervorragende Leistungen erzielte. Im Jahre 1903 wurde Graf Arco Direktor der Telefunken-Gesellschaft, eine Vereinigung der beiden Systeme der drahtlosen Telegraphie: Prof. Braun (Siemens u. Halske) und Slaby-Arco AEG.

Unter Graf Arcos Leitung machte die drahtlose Telegraphie bald bedeutende Fortschritte und entwickelte sich zu der heutigen Höhe. Arco hatte als Erster die Bedeutung der Wellenlängeneinteilung erkannt. 1912 erlangte er eine Hochfrequenzmaschine zur direkten Erzeugung elektrischer Wellen für drahtlose Telegraphie. Zahlreiche Erfindungen wurden dem erfolgreichen Gelehrten zuteil.

Die deutsche Funkindustrie hat Graf v. Arco sehr zu verdanken: Drahtlose Telegraphie, Rundfunk, Tonfilm und die ersten Ergebnisse des Fernsehens. Nach einem arbeitsreichen und selten erfolgreichen Leben tritt der Gelehrte von der Bühne ab, um seinen Lebensabend in Ruhe zu verbringen.

## Zehn Hagag-Reisen wurden gewonnen.

Das Ergebnis des Nordland-Preiswettstreites der Hamburg-Amerika-Linie.

Am dem mit zehn Seereisen dotierten Nordland-Preiswettbewerb der Hamburg-Amerika-Linie haben sich über 10 000 Nordlandfreunde aus allen Teilen des Reiches, aus Österreich, der Schweiz, den Balkanländern, den Randstaaten, aus Holland usw. beteiligt. Es galt für sechs Bildet aus dem Nordland, die in der „Nordland-Album“ der Hamburg-Amerika-Linie veröffentlicht worden waren die richtigen Bildunterschriften zu finden. Ueber 3000 Einsender fanden die richtigen Namen: Magdalenaud, Nordpaz Berg, Rival, Ostas, und Danzig. Unter den Einsendern mit richtiger Lösung haben dieser Tage die Preisrichter unter Vorsitz von Staatsrat Jinn und in Gegenwart eines Notars durch das Los entschieden. Der 1. Preis, eine Island- und Spitzbergenfahrt, fiel nach Nürnberg, der 2. Preis, eine Norwegen- und Ostsee-, nach Villingen (Saar), der 3. Preis, eine Nordpazfahrt, nach Rölln a. Rh., der 4. und 5. Preis, je eine Nordpazfahrt, nach Hamburg und der 7. bis 10. Preis nach Rumpenheim am Main, Lemgo (Wippe), Siegen i. W. und Seltitz i. Th.

## SPD. gegen die Dyoposition.

Berlin, 7. September.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Beschluß des Vorstandes der SPD, wonach die Forderung der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ sowie jede Umfassung dieser Organisation für unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt wird.

## Nur noch 500 000 Bergarbeiter.

Reichskonferenz des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes Bochum, 7. September.

Die Reichskonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands wurde gestern durch den Verbandsvorsitzenden Hulsmann eröffnet. Der in einem Wirtschaftszustand, der im Jahre 1921 noch rund 1,2 Millionen betrug, ist bis Mitte Mai d. Js. auf rund 500 000 zurückgegangen. Aber auch diese 500 000 werden, wie die zahlreichen Freiwerfungen beweisen, nicht voll beschäftigt. Trotz den Ueberange eines großen Teiles der beschäftigten sind geworden Bergarbeiter in andere Berufe seien am 1. August d. Js. im Ruhrkohlenbergbau noch 94 524 arbeitslos Bergarbeiter vorhanden gewesen, die zum allergrößten Teil kaum darauf rechnen könnten, jemals wieder Beschäftigung im Bergbau zu finden.

## Die Kämpfe in Chile.

Santiago, 7. September.

Die Regierungstruppen haben einen Teil der meuterenen Flotte, der sich geweigert hatte, sich zu ergeben, beschossen. Zwei Kreuzer wurden beschädigt. Die meuterende Flotte soll in Coquimbo eingeschlossen sein. Die Regierungstruppen sollen bei den Kämpfen sich zweier Kreuzer der Aufständischen bemächtigt haben. Für die Dauer von 30 Tagen ist über ganz Chile das Kriegsrecht verhängt worden.

## Aus dem Leferkreise.

Für die hierunter veröffentlichten Einleitungen übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

## Ein mißglücktes Staatsexperiment

Finlands Trockenlegung führt zur Finanzkrise. Zwecks sofortiger Abschaffung des in seiner Wirkung völlig verfehlten Alkoholverbotes haben sich kürzlich 118 000 finnische Frauen an die Regierung ihres Landes gewandt. In ihrem gemeinsamen Auftrage heißt es bezeichnenderweise, daß sich die Frauen, insbesondere die Mütter Finnlands aufmerkender fühlen, ihren erzieherischen Pflichten in der Öffentlichkeit und Familie zu genügen, solange das Verbotsgesetz mit allen seinen demoralisierenden Wirkungen fortbesteht. Eine führende Zeitung dieses Landes hat sich gleichzeitig zu der beschämenden Feststellung genötigt, die Finnländer seien während der nunmehr zwölf Jahre bestehenden Trockenheitsperiode eine der auffälligsten Trinkernationen der Welt geworden. Die Regierung glaubte der erregten Volksstimmung dadurch Rechnung tragen zu müssen, daß sie jüngst einen Sonderauschutz einsetzte, der den Auftrug hat, eine Volksabstimmung über die Beibehaltung oder Aufhebung des Verbotsgesetzes vorzubereiten. Der Gedanke eines Referendums war bereits vor einigen Jahren erwogen, dann aber doch fallen gelassen worden. Den Verbotsanhängern erschien er gleichsam als ein Zweifel am Nutzen des Verbots, während die Verbotsgegner hofften, der Zwang der Tatsachen werde ihnen mit der Zeit einen eindrucksvolleren und sicheren Sieg verbürgen als die Unbedenkenbarkeit einer Volksabstimmung im ganzen Lande.

Es müssen schwerwiegende Gründe gewesen sein, welche schließlich die verbotsfreundliche Regierung veranlaßten, Vorbereitungen für das Referendum zu treffen. Die sich immer bedrohlicher gestaltende Lage der Staatsfinanzen spielte hierbei eine entscheidende Rolle. Der finnische Haushalt, der mit etwa 4½ Milliarden finnischer Mark balanzieren mußte, weist heute einen Fehlbetrag von insgesamt 550 Millionen finnische Mark auf, der sich hauptsächlich aus den staatlichen Ausgaben zur Innehaltung des Verbotsgesetzes zusammensetzt. Mit Recht blickt man auf die beträchtlichen Einnahmen, die anderen Ländern aus dem Handel mit Spirituosen erwachsen, und so erscheint der von finnischen Finanzfachverständigen wiederholt vertretene Gedanke, das Loch im Staatshaushalt mit ähnlichen Mitteln zu stopfen, verständlich. Die Summe aller mit dem Verbotsgesetz zusammenhängenden Ausgaben des Staates ist sehr beträchtlich. Ihr Ausfall würde sich nach Aufhebung dieses Gesetzes entsprechend fünfzig im nächsten Haushaltsplan auswirken. Allein die See- und Küstenbewachung und der beherrschende Kampf gegen den maritimen Schmuggelverkehr verschlingen jährlich einen Mindestbetrag von 16 Millionen finnische Mark, und rund 50 Millionen finnische Mark Mehrkosten für das Gefängniswesen erwachsen dem Staate jährlich aus dem Verbotsgesetz. Von den rund 10 000 Gefangenen in Finnland verbleiben nicht weniger als 2500 Strafen wegen Vergehens gegen das Verbotsgesetz. Hinzu kommen alljährlich noch mehrere Tausend Untersuchungsgesangene, die in verschiedenen Stufen irgendwelcher kleineren Delikte begehen. Alles in allem entstehen dem Staate aus dem Verbotsgesetz jährlich 100 Millionen finnische Mark Ausgaben, die also nach Aufhebung dieses Gesetzes eingeklappt werden könnten. Hinzu kämen dann noch jene Einnahmen, die dem Staate aus der Besteuerung des Handels mit alkoholischen Getränken im Lande zustießen würden und die — unter Zugrundelegung der Tatsache, daß 1,5 Liter reiner Alkohol pro Kopf der Bevölkerung entfallen — zusammen auf 500 bis 600 Millionen finnische Mark jährlich geschätzt werden und somit einen erheblichen Aktiopoosten im Staatshaushalt bilden könnten.

Schon vor Jahren entschloß sich die finnische Regierung zur Anwendung schärferer Maßnahmen zwecks Bekämpfung des Schmuggels, der schätzungsweise jehs Millionen Liter Alkohol jährlich einführt. Bemühungen zur internationalen Schmuggelbekämpfung führten am 19. August 1925 zu einer Konvention der Ostseeländer. Es sollte versucht werden, durch eine genaue Ausfuhrkontrolle die Vorbereitung und durch verstärkte Zollbewachung die Durchföhrung des Schmuggels zu verhindern. Dieser Versuch kann heute im großen und ganzen als gescheitert angesehen werden. Es gibt an der finnischen Ostseeküste ganze Fischerdörfer, deren Bewohner seit Jahr und Tag unter Verzicht auf ihr ehrliches Gernerbe ausschließlich vom Spiritussmuggel leben. Die Folgen des Verbotsgesetzes machen sich jedwfalls immer unliebsamer im ganzen Lande bemerkbar.

Nach verfügt der „Verbotsgesetz-Verein“ im Reichstag über eine geringe Mehrheit, doch sind ihm schon in den Reihen der „Trockenen“ selbst eifrige Gegner in Gestalt des „Verbandes für die Volksabstimmung ohne Verbot“ erwachsen, die aus taktischen Erwägungen mit den „Mäßigern“ zusammen das Verbot bekämpfen. Die Verbotsanhängern sehen sich gegenwärtig jedenfalls überall in die Verteidigung gedrängt. Sie veranstalten unter Aufsichtung aller Kräfte pädagogische Nüchternheitskurse und Kongresse. So fanden erst jüngst, in der letzten Juliwoch, drei große Verbandsversammlungen in Helsinki und in Abo statt, zu denen die antialkoholischen Studenten der drei skandinavischen Länder Islands, Estlands, Lettlands und Litauens zahlreiche Vertreter entsandt hatten. Ein besonderer nordischer „Frauenkongreß“ für alkoholische Kultur“ wurde gleichzeitig abgehalten. Doch steht über all diesen Veranstaltungen der Verbotsanhängern das Wort „zu spät“. Mit dem in Aussicht gestellten Referendum tritt der Kampf um das Verbotsgesetz erneut in eine entscheidende Phase, und die Aussichten der Verbotsgegner, die letzte Schlacht zu gewinnen, wachsen mit jedem Tage.

## Eine freudige Ueberraschung

für Hausfrauen und Kinder. Die große Saella-Margarine-Preisaußschreibung. 50 000 Mark und 40 000 Saadpreise gelangen zur Verteilung! Bei dieser Fülle von Preisen bietet sich also jedem, der sich mit der Preisaußgabe beschäftigt, eine große Gewinnmöglichkeit. Die Preisaußgabe selbst erscheint auf „Gültigkeit“, die in jedem einschlägigen Geschäft kostenlos erhältlich sind.

## Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Erstausgabe, den 8. September 1931

Tagessieger

©-Aufgang: 5 Uhr 49 Min. ©-Untergang: 6 Uhr 59 Min.

Schwafter:

10.10 Uhr Vorm. — 11.00 Uhr Nachm.

9. September: 11.40 Uhr Vorm. — 11.40 Uhr Nachm.

**\* Neuer Rückstrahler für Radfahrer!**  
Mit dem 1. Oktober d. J. endet die Uebergangszeit für die Einführung des neuen Rückstrahlers für Radfahrer. Die neuen Rückstrahler müssen das lateinische B und eine Nummer tragen, alle anderen Rückstrahler sind nicht vor-schriftsmäßig. Vom 1. Oktober d. J. ab fest eine scharfe Kontrolle ein, ob die neuen Rückstrahler eingeführt worden sind.

**\* Oldenburgischer Landestheater.** Dienstag, 8 Uhr (A 2): „X Y Z“. Mittwoch, 7 1/2 Uhr: o „Prinz Friedrich von Homburg“. Donnerstag, 7 1/2 Uhr (B 2): „Im weißen Rössl“. Freitag, 3 1/2 Uhr: Geschlossene Vorstellung für die Erwerbslosen, „Prinz Friedrich von Homburg“. 7 1/2 Uhr (C 2): „Die lustigen Weiber von Windsor“. Sonnabend, 8 Uhr (D 2): „X Y Z“. Sonntag, 7 1/2 Uhr: „Im weißen Rössl“.

**\* Jan van't Moor** wollte kluglich auf dem Markt einige Hühner an den Mann bringen. Er fand jedoch, trotzdem er sie als „utgetelnde gaude Leggers“ anpries, keine Abnehmer, weil die verblühten Kämmen der Hühner darauf schließen ließen, daß sie ihre Jugendzeit schon längst hinter sich hatten. Jan mußte sein Geflügel wieder mit nach Hause nehmen. Jan ist aber ein Pessimist. Ihm fiel nun ein, daß seine Tochter sich oft die Lippen nunder-schön rot macht mit einem Ding, das man Lippenstift nennt. Man muß bedenken, daß die Kultur, die alle Welt belebt, auch die schönen Töchter vom Moor längst nicht mehr übersehen hat. Also Jan sucht den Lippenstift seiner Tochter zu erlangen und mit diesem verhilft er die Kämmen seines Hühnervolkes zu neuem Glanze. Und dann geht Jan mit seinen aufgestellten Hühnern wieder zum Markt und findet schnell Käufer. Seitdem hält Jan den Lippenstift seiner Tochter für ein „nützliches Gerüststück“.

**§ Oldenburg.** Auf Einladung des oldenburgischen Landeslehrervereins war am Sonnabend fast die gesamte Volksschullehrerschaft des Oldenburger Landes versammelt zu einem feierlichen Protest gegen die beabsichtigten Abbaumaßnahmen betreffs der Volksschule. Die großen Säle der „Union“ reichten nicht. Zu beiden Seiten und auch hinter den Sitzplätzen war alles gedrängt voll, viele mußten sich mit einem Platz vor den Türen bzw. auf den Treppen begnügen. Der zweite Vorsitzende, Hauptlehrer Piening-Obenedict, begrüßte besonders den Vorsitzenden, Geh.-Rat Tappenbeck und Ober-Schulrat Dr. Korte vom Ober-Schul-Kollegium, Oberbürgermeister Dr. Goerlich vom Stadtrat, Gemeindevorsteher Wulff-Jade vom Landesgemeinden-Verein, Eisenbahn-Oberinspektor Ubers und Stadtkämmerer Jandorf vom Landesratell bzw. Oldenburger Beamtenbund, sowie den Vorsitzenden Hamann des Lehrervereins aus dem Landesratell. Er fuhr dann etwa wie folgt fort: Wir haben erwartet, daß das

Staatsministerium uns die Ehre gegeben hätte, heute hier vertreten zu sein. Trotz allem wäre es ihm wohl möglich gewesen. Wir hätten gerne mit dem Herrn Finanzminister persönlich verhandelt. (Sehr richtig! — Abhauen!) Sparmaßnahmen können auch vor der Schultür nicht Halt machen, aber die Schule darf nicht als besonderes Sparobjekt betrachtet werden. Wenn die auf dem Papier stehenden Sparmaßnahmen durchgeführt werden, wackelt der Boden, auf dem wir bauen. Wenn die Bevölkerung, besonders die Eltern wüßten, was der Schule droht, würden sie sich mit uns dagegen wehren. Der erste Vorsitzende, Direktor Meinen-Oldenburg, kritisierte dann scharf und bestimmt die beschlossenen Maßnahmen und deren zu erwartende Auswirkung. Trotz des Ernstes der Sache, ließ er häufig dem Humor und der Satire die Zügel schießen, was je nachdem Beifall, Mißbehagen oder Heiterkeit auslöste. In Opfern seien auch die Lehrer bereit, aber man solle nicht mit dem Mechenstift in der Hand, mechanisch verfahren und verfallen. „Wir erwarten, daß sich der Minister der Kirchen und Schulen schließend vor die Schule stellt mit einem bis hierher und nicht weiter!“ Dem Ober-Schul-Kollegium sei herzlich Dank abzusprechen für seine stetigen Bemühungen und das Wohlgehen der Schule (Zustimmung). Mit dem Dichterwort „Und drüht der Winter noch so sehr ufo.“ schloß Herr Meinen unter starkem Beifall seine Ausführungen, die nicht zuletzt ihrer Kürze wegen, tiefen Eindruck machten. Der Verammlungsleiter forderte dann zur Aussprache auf und stellte dafür folgende Entschlieung zur Erwägung:

anerkannt werden, daß das Ober-Schul-Kollegium alles tun um das Schicksal der Junglehrer zu mildern. „Wie leben in der Zeit einer Jugend ohne jegliche Hoffnung!“ Große Unruhe entstand bei einem Teile der Verammlung, als der kommunistische Landtagsabgeordnete Müller das Rednerpult betrat. Nachdem besonders verächtlich worden, daß im Falle parteipolitischer Ausfährungen dem Redner das Wort sofort entzogen werden würde, legte sich der Sturm. Herr M. erklärte sich für die Förderung der Volksschule und gegen die scharfen Abbaumaßnahmen und betonte, daß die Lehrerschaft nur einen Erfolg haben könne in gemeinschaftlicher Zusammenarbeit mit den Eltern. Freilich streifte er, wenn auch etwas unklar und unbestimmt, das Gebiet kommunistischer Anschauungen. Die vorgenannte Entschlieung wurde einstimmig angenommen. Nach einem zur Treue gegen die Schule mahnenden Schlußwort des Direktors Meinen nahm die dreistündige Verammlung ein Ende.

**\* Wahl.** Unter dem Vorsitz des Stadtratsvorsitzenden Amtsgerichtsrats Dr. Zerhusen, hielten die städtischen Körperschaften eine Sitzung ab, die sich lediglich mit einer Besprechung für die bevorstehende Wahl des Bürgermeisters befaßte. Erklärlicherweise war der stellvertretende Bürgermeister Gerhards nicht anwesend. Der Verammlungsleiter berichtete über die Tätigkeit der zur Vorbereitung auf die Wahl eingesetzten Kommission. Es sind insgesamt 82 Bewerber eingelaufen. Auf die engere Wahl wurden 11 Bewerber gesetzt. Die Kommission schlägt vor, die Wahl einstweilen nur auf eine kurze Zeit, vielleicht ein Jahr,

**Neu!** **MAGGI'S Rheinische Suppe** (Grüne Erbsen mit Karotten) **MAGGI'S Legierte Suppe** m/Gemüse

Zwei neue Sorten, die auch Ihnen gut schmecken werden

1 Würfel nur 10 Pf.

Die am 5. September in der „Union“ zu Oldenburg versammelte Volksschullehrerschaft des Oldenburger Landes erhebt schärfsten Einspruch gegen die vom Staatsministerium herausgegebenen „Sparmaßnahmen am Volksschulwesen“. Werden diese durchgeführt, so wird unsere Volksschule in ihrer Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen, und eine sehr große Anzahl junger Lehrer wird dem Elend preisgegeben. Die Verammlung bittet das Staatsministerium, die angebotenen Sparmaßnahmen wesentlich zu mildern, damit nicht unsere Jugend, die schon unter der wirtschaftlichen Not schwer leidet, auch noch um die für den harten Lebenskampf erforderliche Schulbildung gebracht wird.

Auch die Aussprache fand eine rege Beteiligung. Bemerkenswert sind die Auslassungen des Rektors Schmidt-Rüstringen. Er empfahl Einberufung von Elternversammlungen, wie sie in Rüstringen bereits in die Wege geleitet seien. Sollte alles nichts nützen, dann muß es auch für uns heißen: „Landgraf, werde hart!“ (Großer Beifall). Wir wollen uns nicht vom Schicksal meistern lassen, sondern es bekämpfen! Für die Junglehrer sprach von Freeden-Oldenburg. Die ihnen drohende Krise habe maßlose Erbitterung, ja Verzweiflung ausgelöst. Es solle

vorzunehmen, was vom Ministerium genehmigt werden müßte. Als Besoldung hielt die Kommission eine Vergütung von 4 bis 500 RM monatlich für angemessen unter Vorbeachtung einer Einstufung. Die Wahl selbst soll nur vom Stadtrat vorgenommen werden. Es wurde dann einstimmig beschlossen, im Sinne der Vorschläge beim Ministerium darum nachzufragen, daß die Wahl nicht auf die gezielten 8 Jahre, sondern nur auf ein Jahr oder doch einen erheblich geringeren Zeitraum erfolgen dürfte. Nach einer im Statut getroffenen Bestimmung, kann das Gehalt des Bürgermeisters in anderer Weise geregelt werden, als nach der Besoldungsordnung. Davon soll Gebrauch gemacht werden. Von einer Pensionsschuldung des Bürgermeisters will der Stadtrat absehen. Es wurde dann beschlossen, dem Bürgermeister ein festes Einkommen von jährlich 5400 RM und dazu alle 3 Jahre eine Zulage von je 200 RM bis zum Höchstgehalt von 6000 RM zu gewähren. Ein besonderes Wohnungsgeld und Stundenzulage sollen nicht in Frage kommen. Die für die oldenburgischen Beamtengehälter bereits verfügbare und noch etwa zu verfügende Kürzungen sollen auch auf das Gehalt des Bürgermeisters Anwendung finden.

Hausfrauen, Kinder!

**Lanella**  
GARANTIE-MARGARINE

nr. 30-90

**Glückstüten** **Preisausschreiben** **50.000** IN BAR **40.000** und **Sachpreise**

**GRATIS!** Holen Sie die Glückstüten bei Ihrem Kaufmann

Vorstand des 2. Deichbundes

Nordenham, den 4. September 1931

### Die Herbstdeichschau

wird angefahrt für die Strecken:  
Dangast bis Stollhamm auf Mittwoch, den 16. Septbr. 1931, vormittags 9 1/2 Uhr beginnend,  
Stollhamm bis Burchave auf Donnerstag, den 17. Septbr. 1931, vormittags 8 1/2 Uhr beginnend,  
Burchave bis Nordenham auf Freitag, den 18. Septbr. 1931, vormittags 7 1/2 Uhr beginnend,  
Bornhorst bis Brake auf Montag, den 21. Septbr. 1931, vormittags 8 1/2 Uhr, beim Stau in Oldenburg beginnend,  
Brake bis Nordenham auf Dienstag, den 22. Septbr. 1931, vormittags 8 Uhr, in Brake beginnend,  
Vorstehendes wird den Deich- und Sielgeschworenen mit der Aufgabe bekannt gegeben, sich zur Schau an den bestimmten Orten einzustellen. Zugleich wird angeordnet, daß bis zur Schau die Deiche, Sielc usw. nebst Zubehör, in ordnungsmäßigen Stand gesetzt werden. Insbesondere müssen die Klappen des Deiches alle Auf- und Abstriffen, Deichwege usw. gehörig angefüllt, gepurzt und geebnet sein. Ferner sind für die Schanung die Schar- und Schottböhlen an Ort und Stelle gangbar zu machen und die Hecktore rechtzeitig zu öffnen. Das Unterauf der Deichgründen sowie angeschwemmtes Treibzeug ist zu entfernen und die auf der Deichböschung stehenden lebenden Hecken sind gehörig anzupflücken. In soweit die vorstehenden Anordnungen nicht befolgt sind, wird auf Brüche bis zu 300 RM erkannt werden.  
Friederichsen

Stadtmagistrat

Erstausgabe, den 7. Septbr. 1931

### Zwangsvverkauf

Mittwoch, den 9. d. M., 16 Uhr, sollen im „Ziwoit“ öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden:  
4 Schreibtische  
1 Flurgarderobe  
5 Sofas  
1 Büchschefel  
1 Tisch  
1 Bücherstank  
1 Topfschrank  
1 Küchenschrank  
1 kleiner Schrank  
1 Nähmaschine  
1 Vertiko

Empfehle zu Freitag

**frische Seefische**  
Bestellungen bis Mittwoch erbeten.  
A. Passarge

**Wagnerwerkstatt**  
Etablierte **Baugewerkschule** Oldenburg i. O.  
Zusammenhang mit dem hiesigen Baugewerkschaftsverband

Zu kaufen gesucht gut erhaltene

**Kommode**  
Meldungen an die Geschäftsst.

**Beste Kuh- u. Bullkälber**  
zu verkaufen

Wardenburg, Rajenberg

**Freiwillige Feuerwehr** des **Erstbundes** Turnerbundes

Mittwoch, den 9. Sept., abends 8 Uhr:  
**Uebung**  
Fehlende werden gebührt  
Der Hauptmann

Einen Posten große

### Schiefertafeln Nr. 6

für den Hausgebrauch, eine Seite flach, solange Vorrat, Stück 30,-

### Kaufhaus Kunkel

Sparen muß man jeden Heller,

**Union**

Du tust's halt Du Union im Keller.

Einen Posten

**Kaffee-Mühlen**  
aus Blech, la geschmiedetes Mahlwert, Stück 2 RM, 2.50 RM, solange Vorrat  
**Kaufhaus Kunkel**